

Öffentlicher Brief

Fa. Stadt Melle
Geschäftsführer Herr Reinhard Scholz
Sachbearbeiterin Frau Christel Lübbert
Schürenkamp 16

49324 Melle

Melle , den 21.09.2015

Sehr geehrter Herr Reinhard Scholz,
sehr geehrte Frau Lübbert,

bezugnehmend auf unseren bislang aufwendig geführten Schriftverkehr nehme ich mir hier das Recht der öffentlichen Anrede und stelle diesen Brief öffentlich und in unseren Mailverteiler und stelle ihn der deutschen Presse zur Verfügung.

Wunsch unserer Kooperation

Wie bereits in allen Schreiben von mir mitgeteilt, füge ich mich sofort Ihren Forderungen und Anweisungen, sollten Sie mir in der mehrfach gesetzten Frist von sieben Tagen Ihre Berechtigung nachweisen können. Alleine der fehlende Nachweis Ihrer Weisungsbefugnis, Ihrer hoheitlichen Macht, oder Ihre Stellung als durchführende Institution einer mir höher gestellten Stelle, lässt darauf schließen, dass Ihnen jegliche Weisungskompetenz mir gegenüber fehlt.

Nun leben wir alle in einer Stadt, die wir hoffentlich als Zugereiste lieben. Mit unseren unterschiedlichen Ausrichtungen und Informationen bietet sich an, nach einem Kompromiss, zu suchen. Zu diesem Gespräch habe ich Sie Herr Scholz, bereits mehrmals ohne Reaktion Ihrerseits gebeten.

Nun kann ich alle meine Behauptungen hinterlegen und recht stolz auf meine schon international gelobte Recherche sein. Auch Sie möchte ich einladen, alles Aufgezeigte zu überprüfen und ohne Vorurteil sich eine eigene Meinung zu bilden.

Mein Ziel ist es, das Osnabrücker Land vor den auf uns zurollenden internationalen Seehandelsrechten zu schützen. Diese sind mit dem von Gauck unterschriebenen ESM bereits in Kraft. Mit der Gültigkeit des TTiP-Abkommens dürfen wir jedoch im Januar auf mehr als heftige Änderungen in unserer Gemeinde rechnen, die uns nicht nur unser Demonstrations-, Versammlungsrecht nimmt, sondern uns ungefragt chippen, impfen, enteignen kann und uns kinderlos und besitzlos macht. Erste Umsetzungen haben bereits stattgefunden, so stehen Sie seit einigen Jahren bei einem, selbst bar bezahltem Auto, nicht mehr als Eigentümer sondern nur noch als Besitzer im Fahrzeugbrief und -schein.

Nun haben sich mit mir sehr viele, hunderte Menschen auf den Weg gemacht und wir werden das Osnabrücker Land wohl vor diesen Gesetzen schützen können. Auch weil ich rechtlich so kompetente und erfahrende Berater an der Seite habe. Denn immer mehr Bürgermeister, Land- und Bundestagsabgeordnete, Richter, Anwälte und Polzisten ... haben sich meine *Bitte um einen Gesprächstermin bei Herrn Scholz* durchgelesen, ihr Wissen durch Recherche erweitert und sich genauer über das aktuelle Geschehen informiert und sind, wohl im Gegensatz zu Ihnen und Ihrem Team, mit Herz und Verstand *nicht bereit dieses grausame Spiel mitzuspielen*.

Um also auf mein Kompromissangebot zurück zu kommen, biete ich Ihnen hiermit nochmals eine Frist von 7 Tagen an, in der Sie sich mir und Ihren Gemeindemitgliedern gegenüber als weisungsbefugte Institution ausgeben können!

Natürlich werde ich Ihnen beiden auch hiermit meine Rechnungen entsprechend meiner AGB's zusenden und diese wie gehabt bei einem Anwalt und Inkassounternehmen zum Einzug hinterlegen, sollte mir oder weiteren Beteiligten etwas Verletzendes oder nicht Rechtmäßiges zustoßen.

Dossier

zur Entkräftung der Befugnis einer Zwangsmaßnahme
gegenüber
Bürgern der Stadt Melle.

Inhaltsverzeichnis

Wunsch unserer Kooperation	1
Inhaltsverzeichnis	2
Derzeitige Rechtslage	3
Ihre Strafandrohung	9
Die Gesetzesgrundlagen	10
Firmenstruktur im Osnabrücker Land	11
Gemeinde in einer Gebietskörperschaft	12
Ihre Pflicht als Unternehmen	13
Die nächsten Schritte	14

Derzeitige Rechtslage

Beginnen wir mit der Grundsatzfrage: Was ist die Stadt Melle? Ein Unternehmen oder eine staatliche weisungsfähige Institution?

Körperschaftsteuergesetz (KStG)

§ 4 Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts

(1) ¹Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 6 sind vorbehaltlich des Absatzes 5 alle Einrichtungen, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft dienen und die sich innerhalb der Gesamtbetätigung der juristischen Person wirtschaftlich herausheben. ²Die Absicht, Gewinn zu erzielen, und die Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr sind nicht erforderlich.

(2) Ein Betrieb gewerblicher Art ist auch unbeschränkt steuerpflichtig, wenn er selbst eine juristische Person des öffentlichen Rechts ist.

(3) Zu den Betrieben gewerblicher Art gehören auch Betriebe, die der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas, Elektrizität oder Wärme, dem öffentlichen Verkehr oder dem Hafenbetrieb dienen.

(4) Als Betrieb gewerblicher Art gilt die Verpachtung eines solchen Betriebs.

(5) ¹Zu den Betrieben gewerblicher Art gehören nicht Betriebe, die überwiegend der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen (Hoheitsbetriebe). ²Für die Annahme eines Hoheitsbetriebs reichen Zwangs- oder Monopolrechte nicht aus.

(6) ¹Ein Betrieb gewerblicher Art kann mit einem oder mehreren anderen Betrieben gewerblicher Art zusammengefasst werden, wenn

1.

sie gleichartig sind,

2.

zwischen ihnen nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse objektiv eine enge wechselseitige technisch-wirtschaftliche Verflechtung von einigem Gewicht besteht oder

3.

Betriebe gewerblicher Art im Sinne des Absatzes 3 vorliegen.

²Ein Betrieb gewerblicher Art kann nicht mit einem Hoheitsbetrieb zusammengefasst werden.

Damit wird deutlich, die Stadt ist ein Unternehmen, und zwar nur ein Unternehmen!!!

Aber welchem Staat ist das Unternehmen Stadt Melle untergeordnet?

Dieser internationale Gerichtshof hat 2006 festgestellt, dass die BRD kein Rechtsstaat mehr ist.¹

Aktuell hat der Bundestag² auf die kleine Anfrage der Linken folgend geantwortet und dies auch mit Gerichtsurteilen hinterlegt:



The screenshot shows the website of the German Bundestag. At the top left is the Bundestag logo (an eagle). To its right is the text 'Deutscher Bundestag'. On the right side, there is a search bar with the placeholder text 'Suchwort eingeben'. Below the header is a navigation menu with the following items: 'Der Bundestag', 'Dokumente', 'Mediathek', 'Kultur & Geschichte', 'Presse', and 'Besuche'. The main content area shows a breadcrumb trail: 'Startseite > Presse > Aktuelle Meldungen (hib) > 06'. Below this is a list of links for 'Pressemitteilungen', 'Aktuelle Meldungen (hib)', 'Akkreditierung', 'Termine', 'Bilderdienst, Bildarchiv', 'Mitschnittservice', 'Pressedokumentation', and 'Kontakt'. The main article is titled 'Völkerrechtssubjekt "Deutsches Reich"' and is dated 'Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015'. The text of the article states: 'Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt "Deutsches Reich" nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist. Darauf verweist die Bundesregierung in ihrer Antwort (18/5178) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Potsdamer Abkommen von 1945 (18/5033). Die Abgeordneten hatten sich unter anderem nach der "These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches" erkundigt und gefragt, ob die Bundesregierung diese als öffentlich als unhaltbar zurückweisen werde, "damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der so genannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann".'

¹ Az.: EGMR 75529/01 vom 08.06.2006

² https://www.bundestag.de/presse/hib/2015_06/-/380964

Damit ist festzustellen:

1. Das Deutsche Reich mit seinen Staaten existiert. Damit ist in den Grenzen vor 1937 hier Preußen als staatliche Grundlage existent.
2. Wird aus dieser Feststellung rechtswirksam ausgesagt, dass auf diesem noch existierenden Staat kein weiterer Staat liegen kann!
3. Da stellt sich die Frage, was ist denn dann die BRD? Vor 1990 und aktuell?

Da es eine saubere Dokumentation nach 1990 über die Entstehung des vereinten Deutschlands gibt, sind diese hier auch aufzuzeigen:

Amtsgericht Frankfurt am Main		Die Blatt ist zur Fortführung auf EDV umgeschrieben				Zahn Nr. 24680	Blatt
Nr. der Eintragung	a) Firma b) Sitz c) Gegenstand des Unternehmens	Grund- oder Stammkapital	Vorstand Persönlich haftende Gesellschafter Geschäftsführer Abwickler	Prokura	Rechtsverhältnisse	a) Tag der Eintragung und Unterschrift b) Bemerkungen	
1	2	3	4	5	6	7	
1	a) Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung b) Frankfurt am Main c) die Erbringung von Dienstleistungen für das Bundesministerium der Finanzen bei der Haushalts- und Kassenfinanzierung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Sondervermögen auf den Finanzmärkten. Hierzu zählen insbesondere Dienstleistungen bei der Emission von Bundeswertpapieren, der Kreditaufnahme mittels Schuldscheindarlehen, dem Abschluss von Swap-Geschäften sowie den	50.000 DM.	Dr. Peter Jabocke, geb. 26.06.1925, Bieburg. Gerhard Schleif, geb. 24.05.1946, Frankfurt am Main	Prokura gemeinsam mit einem Geschäftsführer: 1.) Detlef Gerold Gruber, geb. 17.12.1943, Rosenheim;	Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. August 1990 mit Abänderung vom 7. Mai 1991 abgeschlossen. Er ist mehrfach, zuletzt am 17. Dezember 1992 geändert. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 19. September 2000 ist der Sitz von Berlin nach Frankfurt am Main verlegt und der Gesellschaftsvertrag unter entsprechender Änderung von § 1 Abs. 2 (Sitz) sowie § 1 Abs. 1 (Firma), § 2 (Unternehmensgegenstand) und § 5 (Geschäftsführung) insgesamt neu gefasst. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 8. Januar 2001 ist der Gesellschaftsvertrag erneut in § 5 (Geschäftsführung) geändert. Der bisher im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg eingetragene Rainer Globig ist nicht mehr Geschäftsführer. Dr. Peter Jabocke und Gerhard Schleif sind zu Geschäftsführern bestellt.	a) 18.1.2001 (Schiesmann) b) Gesellschaftsvertrag Blatt 66 ff. Sonderband Bisher Amtsgericht Charlottenburg HRB 40774	

Handelsregister D des Amtsgerichts Frankfurt am Main
Ausdruck Abruf vom 2.2.2005 12:03
Nummer der Firma: HRB 51411
Seite 1 von 1

Nummer der Eintragung	a) Firma b) Sitz, Niederlassung, Zweigniederlassungen c) Gegenstand des Unternehmens	Grund- oder Stammkapital	a) Allgemeine Vertretungsregelung b) Vorstand, persönlich haftende Gesellschafter, Geschäftsführer, Vertretungsberechtigte und besondere Vertretungsbefugnisse	Prokura	a) Rechtsform, Beginn, Setzung oder Gesellschaftsvertrag b) Sonstige Rechtsverhältnisse	a) Tag der Eintragung b) Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
1	a) Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung b) Frankfurt am Main c) Die Erbringung von Dienstleistungen für das Bundesministerium der Finanzen bei der Haushalts- und Kassenfinanzierung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Sondervermögen auf den Finanzmärkten. Hierzu zählen insbesondere Dienstleistungen bei der Emission von Bundeswertpapieren, der Kreditaufnahme mittels Schuldscheindarlehen, dem Abschluss von Swap-Geschäften sowie den Geldmarktgeschäften (Aufnahme und Anlagen) zum Ausgleich des Kontos der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Bundesbank. Zum Gegenstand der Gesellschaft gehören auch Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Marktanalyse und der Vorbereitung von Entscheidungsmaßnahmen zur Durchführung der in Absatz (1) und Absatz (2) genannten Geschäfte.	50.000,00 DEM	a) Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. b) Geschäftsführer: Soniell, Gerhard, Frankfurt am Main, *24.05.1946 Geschäftsführer: Tschentke, Eberhard, Mecklenheim, *20.07.1940	Gesamtprokura gemeinsam mit einem Geschäftsführer Dr. Lehr, Carsten, Rodgau, *08.10.1985 Dr. Ricker, Andreas, Mörfeld, *30.06.1965 Weinberg, Thomas, Frankfurt am Main, *02.11.1981	a) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Gesellschaftsvertrag vom 29.08.1990 zuletzt geändert am 08.01.2001	a) 12.10.2004 Schödz b) Dieses Blatt ist zur Fortführung auf EDV umgeschrieben worden und dabei an die Stelle des bisherigen Registerblattes getreten. Gesellschaftsvertrag Blatt 66 ff. Sonderband

EINGEGANGEN
12. FEB. 2005

Eintragung im Internationalen Unternehmensregister D&B über UPIK.de:

- L Eingetragener Firmenname Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- L Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil
- L D-U-N-S® Nummer 314802591
- L Geschäftssitz Lurgiallee 5
- L Postleitzahl 60439
- L Postalische Stadt Frankfurt am Main
- L Land Germany

W Länder-Code	276
Postfachnummer	
Postfach Stadt	Frankfurt am Main
L Telefon Nummer	069256160
W Fax Nummer	069256161476
W Name Hauptverantwortlicher	Carsten Lehr
W Tätigkeit (SIC)	6163

Erklärung der Tätigkeit : SIC 6163³

4. Hier wird die Gründung einer Firma BRD-Finanzagentur GmbH aus einem ehemals in Konkurs befindlichen DDR Unternehmen dokumentiert.
5. Auch wenn dieses Unternehmen sichtbar im Bundestag seinen Sitz hat, ist der Zusammenhang mit der BRD zu klären.

Hier die Erklärung aus der Internetseite der BRD Finanzagentur GmbH:

Die Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH ist ein Ende 2000 gegründetes Unternehmen des Bundes mit Sitz in Frankfurt am Main. **Alleiniger Gesellschafter ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen.** Die Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH ist bei ihren Geld- und Kapitalmarktgeschäften nur und ausschließlich im Namen und für Rechnung der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer Sondervermögen tätig.

Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH
Lurgiallee 5
60439 Frankfurt am Main
Telefon: +49 (0) 69 25 616 0
Telefax: +49 (0) 69 25 616 14 76
E-Mail: info@deutsche-finanzagentur.de
Vertretungsberechtigte
Dr. Tammo Diemer (Geschäftsführer)
Dr. Carsten Lehr (Geschäftsführer)

Und die Unternehmenseintragung der BRD im Internationalen Unternehmensregister D&B über UPIK.de:

L Eingetragener Firmenname	Bundesrepublik Deutschland
W Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	BRD
L D-U-N-S® Nummer	341611478
L Geschäftssitz	Platz der Republik 1
L Postleitzahl	11011
L Postalische Stadt	Berlin
Land	Germany
W Länder-Code	276
Postfachnummer	
Postfach Stadt	
L Telefon Nummer	0302270
W Fax Nummer	03022736740
W Name Hauptverantwortlicher	Joachim Gauck
W Tätigkeit (SIC)	9199

³ **SIC 6163 Finanzmakler**

In diese Kategorie fallen vor allem in Betrieben Vermittlung von Darlehen für Dritte tätig. Diese Einrichtungen arbeiten meist auf Provisions- oder Honorarbasis und haben in der Regel keine dauerhafte Beziehung entweder mit Kreditnehmer oder Kreditgeber.

6. Somit wäre die rein unternehmerische Struktur der BRD offensichtlich. Hier kommunizieren wir also rein handelsrechtlich miteinander.

Dann gibt es in der Kommunikation mit dem Unternehmen BRD⁴ in der BRD Finanzagentur GmbH ja auch **AGB** (Allgemeine Geschäftsbedingungen). Diese sind auf der Seite <http://www.deutsche-finanzagentur.de/de/agb/> zu finden. Und hier schauen Sie sich mal den Geltungsbereich an:

Geltungsbereich

1.1

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für die gesamten von der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH (im Folgenden: "Finanzagentur") **im Namen der Bundesrepublik Deutschland** oder seiner Sondervermögen (im Folgenden: "Bund") **abgeschlossenen Geld - und Kapitalmarktgeschäfte.**

1.2

Diese Bedingungen gelten auch für alle zukünftigen Rechtsgeschäfte zwischen den Vertragsparteien.

1.3

Andere Bedingungen werden nicht Vertragsinhalt, **auch wenn ihnen seitens des Bundes, vertreten durch die Finanzagentur**, nicht direkt und ausdrücklich widersprochen wird.

...

6 Maßgebliches Recht und Gerichtsstand

6.1

Maßgebliches Recht ist das deutsche Recht.

...

Frau Lübbert, Sie arbeiten im Auftrag einer Firma BRD in der Stadt Melle? **Sie erlegen mir Zwangsgeld auf? Sie drohen mir Ersatzzwangshaft dafür an, dass ich den abgegebenen Personalausweis nicht wieder abhole? Und dass obwohl ich einen Staatsangehörigkeitsausweis eines existierenden Staates besitze?**

7. Aber wo sind dann das staatliche Fundament, der Staatenbund Deutsches Reich und seine Bundesstaaten geblieben? Gelten die Gesetze noch?

In dem Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 heißt es:

„Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik⁵ Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen ...“

Demnach wurden damals aus der BRD, DDR und aus Berlin ein Staat *„Das vereinte Deutschland“*, kurz **Deutschland**.

Deshalb wurde die BRD und DDR bei den Vereinten Nationen als Staat abgemeldet und als NRO (Nicht Regierungsorganisation) bei der UN angemeldet. Die BRD und DDR wurden gelöscht! Das kann jeder selbst an dem Staatenschlüssel⁶ erkennen. Hier taucht die Bundesrepublik Deutschland ohne Bezifferung im Register des Statistischen Bundesamtes auf und selbst beim Staatsangehörigkeitsschlüssel fehlt Deutschland die Staatskennung.

⁴ <http://www.123recht.net/Insolvenzverfahren-Bundesrep-Dtld-Finanzagentur-f300152.html> **Insolvenzverfahren BRD GmbH**

⁵ Begrifflichkeiten wie Freistaat und Republik sind handelsrechtliche Begriffe und sind keinesfalls mit auf hoheitliche Staaten gleichzusetzen

⁶ Staatenschlüssel BRD, Deutschland <http://www.international.uni-hannover.de/fileadmin/institut/pdf/laenderschluesel.pdf>

Staatsangehörigkeitsschlüssel u.a.								
Diese Seite wurde zuletzt am 15.06.2008 geändert .								
Erläuterungen								
<ul style="list-style-type: none"> • AZR = Staatsangehörigkeitsschlüssel des Ausländerzentralregister. • KFZ = Nationalitätskennzeichen der Staaten für die Kraftfahrzeuge (Bsp.: "CH" für Schweiz). Diese Abkürzung wird i.d.R. auch für die Auslandsadressenkennzeichnung verwendet. • ISO-Code 3166 = Diesen gibt es als zwei- / dreistelligen Buchstabencode und als Numerschen. Der Zweistellige wird u.a. für die Topleveldomains benutzt (Bsp.: ".at" für Österreich). Der Dreistellige u.a. für die Angabe des Herkunftsstaates in EU-einheitlichen Aufenthaltstiteln. • ICAO-Code = Ländercode der International Civil Aviation Organization (Internationale Zivilluftfahrt-Organisation) • TEL = Telefon-Auslandsvorwahlen 								
A B C D E F G H I J K L M N O P R S T U V W Z								
Accesskeys								
<ul style="list-style-type: none"> • [AK]+[1] = Startseite • [AK]+[2] = Inhaltsverzeichnis • [AK]+[3] = Kontaktformular • [AK]+[?] = anstatt ? den entsprechenden Buchstaben antippen • Bitte beachten Sie, dass diese accesskeys nicht bei allen Browsern funktionieren. • Hinweise zur Nutzung von accesskeys finden Sie u.a. auf www.barrierefreies-webdesign. 								
	D	AZR	KFZ	ISO 3166	ISO 3166	ISO 3166	ICAO	TEL
	Dänemark	126	DK	DK	DNK	208	OY	00-45
	Deutschland	00-0	D	DE	DEU	276	D	00-49
	Dominica	333	WD	DM	DMA	212	-	00-1809
	Dominikanische Republik	335	DOM	DO	DOM	214	HI	00-1809
	Dschibuti	230	-	DJ	DJI	262	J2	00-253
	[Inhaltsverzeichnis]							[Startseite]

8. Fehlt ein Staatenschlüssel, weil die Staaten des Deutschen Reiches vor 1914 nicht handlungsunfähig sind? Oder eine BRD, die sich Deutschland nennt kein Staat ist?
9. Auf welchen Staat schwören denn unsere Beamten und Richter?

Im Bundesbeamtengesetz steht unter

§ 64 Eidespflicht, Eidesformel

(1) Beamtinnen und Beamte haben folgenden Diensteid zu leisten: "Ich schwöre, das Grundgesetz und alle in der **Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze** zu wahren und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe."

und unter dem vorherigen Paragraphen finden wir:

§ 63 Verantwortung für die Rechtmäßigkeit

(1) **Beamtinnen und Beamte tragen für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.**

(2) Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen haben Beamtinnen und Beamte unverzüglich bei der oder dem unmittelbaren Vorgesetzten geltend zu machen. Wird die Anordnung aufrechterhalten, haben sie sich, wenn ihre Bedenken gegen deren Rechtmäßigkeit fortbestehen, an die nächsthöhere Vorgesetzte oder den nächsthöheren Vorgesetzten zu wenden. Wird die Anordnung bestätigt, müssen die Beamtinnen und Beamten sie ausführen und sind von der eigenen Verantwortung befreit. Dies gilt nicht, wenn das aufgetragene Verhalten die Würde des Menschen verletzt oder strafbar oder ordnungswidrig ist und **die Strafbarkeit oder Ordnungswidrigkeit für die Beamtinnen und Beamten erkennbar ist**. Die Bestätigung hat auf Verlangen schriftlich zu erfolgen.

Der Bundesgerichtshofs entschied schon am 07.12.1953 dass alle Beamtenverhältnisse seit 1945 erloschen⁷ sind (Bundesgerichtshof- A - 1 BvR 147/52)

Nun ist die BRD also erloschen und damit auch der **Geltungsbereich des Grundgesetzes Art. 23⁸ am 3. Oktober 1990 aufgehoben⁹**. Dieser Artikel musste angeblich gestrichen werden, weil Polen zukünftige Ansprüche der östlichen Gebiete des Deutschen Reiches befürchtete. Unsere angeblich höchste Rechtsnorm hat nun aber keinen räumlichen Geltungsbereich bestimmt. Wo soll es denn nun gelten?

Bei weiteren Gesetzen ist der Geltungsbereich gelöscht worden, dazu gehört die Zivilprozeßordnung:

⁷ <http://opiniojuris.de/entscheidung/805>

⁸ "Dieses Gesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen."

⁹ BRD hat keine Staatsangehörigkeit - Bundesangehörigkeit ausdrücklich abgelehnt! GG für unvereinbar und damit für nichtig erklärt! BVerfG mit Urteil vom 24. April 1991- BvR 1341/90 - Dieses Urteil hat nach Art. 31 BVerfGG Gesetzeskraft.

Hier stand 01.10.1879 bis 2006

§ 1 EGZPO:

„Die ZPO tritt im ganzen Umfange des Reichs gleichzeitig mit dem Gerichtsverfassungsgesetz in Kraft.“

Einführungsgesetz ZPO	
§ 1	▶
(weggefallen)	
<small>Vorschrift aufgehoben durch das Erste Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz vom 19.04.2006 (BGBl. I S. 866) m. W. v. 25.04.2006.</small>	
	▶

- ▲ Titelseite
- ▲ Übersicht EGZPO
- ▼ Rechtsprechung zu § 1 EGZPO
- ▶ § 1 (weggefallen)
- § 2 (weggefallen)
- § 3
- § 4
- § 5 - § 6 (gegenstandslos)
- § 7
- § 8 (aufgehoben)
- § 9
- § 10 (gegenstandslos)

Ein weiteres Beispiel ist das Ordnungswidrigkeiten Gesetz:

Was steht als Geltungsbereich im OWiG?

§ 5 Räumliche Geltung

Wenn das Gesetz nichts anderes bestimmt, **können nur Ordnungswidrigkeiten geahndet werden, die im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes oder außerhalb dieses Geltungsbereichs auf einem Schiff oder in einem Luftfahrzeug begangen werden**, das berechtigt ist, die Bundesflagge oder das Staatszugehörigkeitszeichen der Bundesrepublik Deutschland zu führen.

Ein Gesetz das nicht oder nirgendwo gilt (Entfall des § 1 EGZPO, räumlicher Geltungsbereich), ist **rechtlich wirkungslos**.

Das Bundesverfassungsgericht urteilte in höchst richterlicher, ständiger Rechtsprechung dazu: (BVerwG a.a.O) BVerfG 1 C 74/61 vom 28.11.1963

„ ... denn eine Norm, die den räumlichen Geltungsbereich ihres Verbotes so ungenügend bestimmt, dass ihr nicht eindeutig entnommen werden kann wo sie gilt, lässt den Rechtsunterworfenen im Unklaren darüber, was Rechtens sein soll.“

Das Bundesbesoldungsgesetz macht die Veränderungen so deutlich:

BBesG § 29 aus 31.08.2006

Öffentlich-rechtliche Dienstherren

(1) Öffentlich-rechtliche Dienstherren im Sinne dieses Gesetzes **sind das Reich, der Bund, die Länder, die Gemeinden Gemeindeverbände**) und andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihrer Verbände.

BBesG § 29 aus 19.06.2009

Öffentlich-rechtliche Dienstherren

(1) Öffentlich-rechtliche Dienstherren im Sinne dieses Gesetz es sind **der Bund, die Länder, die Gemeinden (Gemeindeverbände)** und andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihrer Verbände.

10. Das bedeutet, dass die Beamten bis 2006 das Reich als Dienstherrn hatten! In Form des Belagerers bzw. der Verwalter der Besatzer?

11. Schauen wir uns diesen engen Zeitrahmen an, indem die Beamten nicht mehr in das Recht des Reiches fallen, erinnern wir uns auch daran, dass der **Verein EU unsere Bürgermeister 2007/8 aufgefordert hat mit allen Ratsmitgliedern die Gemeinde als Unternehmen anzumelden**. Dies geschah im Übrigen mit der Berechtigung, sich weiterhin öffentlich rechtlich benennen zu dürfen. **Damit ging das Bodenrecht, das die Gebietskörperschaft begründet, verloren**. Die Bürger und damit auch die Beamten haben ihre Staatlichkeit verloren. **Das Volk ist dabei verschwunden**.
Verständlich, dass einige ehemalige Bürgermeister damit große Schuldgefühle auf sich geladen haben, denn nicht nur der **Bürgermeister auch die Ratsmitglieder, Beamten und Sachbearbeiter sind von nun an persönlich und voll umfänglich verantwortlich und haftbar für das was sie tun**. Denn sie befinden sich spätestens seit 2008 im Seeandelsrecht, und zwar **nur** noch darin.
12. Da das Deutsche Reich vor 1914 noch existiert haben bis heute keine Staatsvertreter die Handelsverträge unterschrieben, weil die Staaten des Deutschen Reiches nicht Handlungsfähig waren. Damit sind hier für echte Staaten des Deutschen Reiches keine Vertragspflichten der internationalen Seehandelsrechte von deren Bürger zu erfüllen.
13. Bleibt noch die Vermutung, dass Sie aus der Weisung der Besatzer des ersten und zweiten Weltkrieges handeln. Gibt es für Sie noch eine militärische Anweisung? Vielleicht fragen Sie bei der Generalstaatsanwaltschaft in Düsseldorf mal an?

Ihre Strafandrohung

Frau Lübbert, in Ihrem Schreiben drohen Sie meiner juristischen Person mit Zwangsgeld in Höhe von 500 € an, wenn ich Ihren Unternehmensausweis, den sogenannten Personalausweis Ihrer Firma nicht abhole. Und dann drohen Sie mir noch ERSATZZWANGSHAFT an, die ein Unternehmensgericht Amtsgericht Osnabrück¹⁰ für Sie durchsetzt, wenn das Zwangsgeld uneinbringlich ist.

Aus meiner Sicht einer lebendigen Staatsangehörigen sieht das so aus, dass Sie sich mit Ihrem Vorgesetzten Herrn Scholz damit *völkerrechtlich strafbar* machen.

Nun hatte ich mir die Mühe gemacht und Sie mehrfach gebeten, sich mir gegenüber auszuweisen. Da die Stadt Melle selbst, über einen Verein, ein Unternehmen Wohnungsbau Grönegau laut KStG § 4 nur **ein Unternehmen** sein kann, sind meine Rechnungen an Sie persönlich meiner AGB's entsprechend geltend. Deshalb liegen diese Rechnungen allesamt einem Schweizer Notar zur Einziehung über ein ausländisches Inkassobüro vor, falls mir oder meiner Familie etc. etwas passieren sollte.

An dieser Stelle darf ich erwähnen, dass Ihr Verhalten mich mehr als enttäuscht und eigentlich erwartet habe, dass Sie selbst den Mut zur Wahrheit wenigstens für Ihre Kinder aufbringen. Nun stelle ich fest, dass Sie mich, wie die meisten ungebildeten oder Abhängigen in eine braune Kiste stecken oder mit Germanenrunen belegen, um Ihre Ruhe zu haben, sich über mich zu Stellen und sich nicht Gedanken über eine unbequeme Zukunft machen zu müssen. Was mag Ihr Nachwuchs mal über Sie sagen, wenn das, was der Militärstrategie Barnett plant und öffentlich bekannt gegeben hat dann Wirklichkeit wird?¹¹

Ich warte nun diesen Brief ab und schaue, ob Sie mir entweder innerhalb der nächsten 7 Tage erklärend oder entschuldigend vorstellig werden. Denn auch Sachbearbeiter und Scheinbeamte haften mit ihrem Privatvermögen, sowie mit ihrer persönlichen Freiheit nach § 839 BGB.

Sollten Sie mir nachweisen können, dass Sie im militärischen Auftrag der Alliierten handeln, dann dürften Sie und Ihr Chef sich persönlich auf der Grundlage der Art 45 HKLO mir gegenüber strafbar gemacht haben, in dem es heißt:

Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebietes zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueeid zu leisten.

Sie zwingen mich zu einem Ausweis Ihres Scheinstaates?

¹⁰ Upik.de: Landgericht Osnabrück · nicht eingetragender Unternehmensteil Amtsgericht Bersenbrück · D-U-N-S 333293335

¹¹ US Militärstrategie Thomas Barnett's Buch: *Pentagon's New Map*

Und laut Art 23: *Den Kriegführenden ist ebenfalls untersagt, Angehörige der Gegenpartei zur Teilnahme an den Kriegsunternehmungen gegen ihr Land zu zwingen;*

Auch ist es nach HKLO untersagt Friedensbemühungen zu verhindern, was die Basis der Kriegsregeln war: *in der Erwägung, dass bei allem Bemühen, Mittel zu suchen, um den Frieden zu sichern und bewaffnete Streitigkeiten zwischen den Völkern zu verhüten, ...*

Wie stehen Sie dann bezüglich des § 92 (vom 15.05.1871) da?

Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Gesetzes beeinträchtigt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland, wer ihre Freiheit von fremder Botmäßigkeit aufhebt, ihre staatliche Einheit beseitigt oder ein zu ihr gehörendes Gebiet abtrennt.

(da seit 1990 die BRD nicht mehr als staatliche Form existiert, sind interessant die Ausgaben vor [20. September 1945-4. Februar 1946]¹² oder vor [1. Juni 1933-2. Mai 1934]¹³ denn nach Bundeseinführungsgesetz BGB Art 50, gelten die Reichsgesetze heute noch.

§ 92a Nebenfolgen

Neben einer **Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten wegen einer Straftat ...**

Und auch § 332 Unterlassung der Diensthandlung (Auskunftspflicht), § 357 Verleitung eines Untergebenen zu einer Straftat, § 345 Vollstreckung gegen Unschuldige

Da kann man sich fast freuen, dass man für ein Unternehmen arbeitet und der fehlende Geltungsbereich das GG ungültig macht. Im StGB¹⁴ ist merkwürdigerweise im Geltungsbereich Staat überall nur mit einem a geschrieben!?

Die Gesetzesgrundlagen

Sollten wir nach der Übernahme des Reichstages durch die UDSSR und unter deren Belagerung immer noch an deren Ordnung gebunden sein, dürfte auch § 9. Militärregierungsgesetz Nr. 2 Deutsche Gerichte gelten, wonach niemand in der Bundesrepublik Deutschland ohne Genehmigung der Militärregierung als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt tätig werden darf!

Die Genehmigung einer solchen Tätigkeit muss vorher- also vor Beginn der Tätigkeit- für jeden Einzelfall in schriftlicher Form eingeholt werden. Durch US EUCOM Stuttgart wird ausdrücklich bestätigt, dass **alle Militärregierungsgesetze** bis zum Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland als Ganzem in seinen Grenzen vom 31.12.1937 volle Rechtskraft besitzen.

Liegen die Anordnungen der Militärregierung nicht körperlich für jeden einzelnen Fall vor, sind alle beteiligten Juristen an jedem bundesdeutschen Gericht nur privat haftende und privat handelnde Personen ohne jegliche Rechtsgrundlage, da die Bundesrepublik Deutschland zu keiner Zeit ein Staat ist oder jemals war.

Bis 1990 war das Konstrukt DDR und Bundesrepublik Deutschland der Verwalter im Auftrag der Alliierten, weil Deutschland als Ganzes besetzt wurde. Der Bundesrepublik Deutschland ist es nicht gestattet, sich als DEUTSCHLAND zu bezeichnen!

DEUTSCHLAND ist gemäß alliierterem Besatzungsgesetz und der UNO-Festlegung ausschließlich das Deutsche Reich oder Deutschland als Ganzes und keinesfalls die Bundesrepublik Deutschland!

Prof. Dr. Carlo Schmid teilte 1949 dem deutschen Volk mit: "... es wird kein neuer Staat gegründet, sondern Westdeutschland als provisorisches Konstrukt neu organisiert ...".

Gehen wir mal davon aus, dass mit Gründung der BRD GmbH im Jahr 1990 die Besatzung aufgelöst worden ist. Dafür spricht auch der aufgehobene Geltungsbereich des GG.

¹² <http://lexetius.com/StGB/92,5>

¹³ <http://lexetius.com/StGB/92,10>

¹⁴ <http://stgb-online.de/geltungsbereich.html>

Firmenstruktur im Osnabrücker Land

Eine Firma wie Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH mit ihrem 100% igen Gesellschafter BRD hat keinerlei Hoheitsrechte! Und in den AGB's der BRD Finanzagentur GmbH¹⁵ ist unter 6 Gerichtsstand folgend zu finden:

Maßgebliches Recht und Gerichtsstand

6.1 Maßgebliches Recht ist das deutsche Recht.

Das deutsche Recht? Eine Firma untersteht dem Recht des Staates auf dem er sich niedergelassen hat. Das kann nur das Deutsche Reich mit seinen Bundesstaaten sein. Damit sind hier also wie auch im Einführungsgesetz BGB Art 50 aufgezeigt die Reichsgesetze gültig:



Artikel 50

Die Vorschriften der Reichsgesetze bleiben in Kraft. Sie treten jedoch insoweit außer Kraft, als sich aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch oder aus diesem Gesetz die Aufhebung ergibt.

Sie zweifeln und bestehen darauf, dass Sie als Gemeinde dem Land Niedersachsen unterstehen? Das ist doch ein Bundesland? ¹⁶

Die Firma NIEDERSACHSEN LT ist unter der D-U-N-S Nummer 219855185 in United Kingdom Als (sic 9999) Nicht klassifizierbarer Betrieb unter deren Länder Code 826 (Firma United Kingdom) eingetragen. Ebenso die NIEDERSACHSEN AG.

Die Stadt Melle steht mit dem Unternehmensteil JOSEF STOCK, Schürenkamp 16, Melle unter der D-U-N-S Nummer 340004386 bei D&B eingetragen. Außerdem gibt es die Kurverwaltung Solebad Melle GmbH unter D-U-N-S Nummer 341492304, die Stadt Melle, der Jugendzeltplatz am Bergsiek 14 als Unternehmensteil, das Hallenbad als Unternehmensteil mit der D-U-N-S Nummer 326272080 und auch das Stadt Melle Bürgerbüro Gesmold D-U-N-S Nummer 342045319 und die Wohnungsbau Grönegau Beteiligungsgesellschaft mbH mit der D-U-N-S Nummer 551066256 im internationalen Unternehmensregister D&B.

Auch **im Bundesanzeiger**¹⁷ finden wir bekannte Meller Bürgermeister und Geschäftsführer sowie Sparkassendirektoren allesamt eingetragen unter dem Unternehmen Wohnungsbau Grönegau GmbH. Und auch der Osnabrücker Kommunalservice GmbH OKS deren 8 Aufsichtsratsmitglieder das Ratsinformationssystem des Bürgerinformationssystems der Stadt Osnabrück bilden, taucht im Bundesanzeiger mit deren Organe (Kriminalbeamte bis zum Oberbürgermeister) auf, was auch immer das dann letztendlich sein soll. Das Personal scheint der OSB zu liefern, ein Osnabrücker Servicebetrieb, der auch ein Unternehmen im Impressum aufzeigt: Stadt Osnabrück, Der Oberbürgermeister, Bierstraße 28, 49074 Osnabrück, Umsatzsteuer-Identifikationsnummer gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 117646521.

Puh, mir hatte ja just ein Anwalt Unternehmens-Konstrukte unter Hinzunahme der im BGB geführten Vereine und Stiftungen erklärt. Aber das hier ist echt noch eine Nummer zu groß für mein betriebswirtschaftliches Verständnis.

Ich frage mich, was hat Melle-Osnabrück Finanzbeteiligung im IHK Verzeichnis des niederländischen Waalre zu suchen?

Warum sind Politiker, wie unser ehemalige Herr Berhegger denn mit dem Sparkassendirektor und seinen Angestellten mit einem Gewerkschaftsfunktionär als Aufsichtsrat im Jahresabschluss der Wohnungsbau Grönegau Beteiligungsgesellschaft benannt? Denn die Sparkasse

¹⁵ <http://www.deutsche-finanzagentur.de/de/agb/>

¹⁶ Dazu mehr: http://os-landmark.de/index_htm_files/Muster_gerichts_bekannt_Reichsdeutsche.pdf

¹⁷ Unternehmensregister https://www.bundesanzeiger.de/ebanzwww/wexsservlet?page.navid=to_start&global_data.designmode=eb&global_data.language=de

ist doch als Unternehmen, eingetragen im HRA 6318 Amtsgericht Osnabrück mit Umsatzsteuer ID DE 117570219 und seit 2009 Offenlegungspflichtig oder? Hier kooperieren Unternehmen und Scheingemeinden untereinander?

Dabei gibt es doch das Gesetz KStG § 4, in dem es deutlich heißt:

Ein Betrieb gewerblicher Art kann nicht mit einem Hoheitsbetrieb zusammengefasst werden.

Damit dürfte klar sein, dass alle Unternehmen der Stadt Melle Gewerbebetriebe sind! Ob in Vereinen installiert oder als GmbH's oder eingebunden über deren Mitarbeiter in weiteren Firmen oder Aufsichtsräten.

Da Sie mich gemäß VWVFG § 25 bislang nicht über Ihre Handlungsberechtigung informierten, darf ich annehmen, dass Sie das aus Ihrer Stellung als Unternehmen auch nicht müssen? Sie brauchen sich nicht an Gesetze halten, da nach einer diesbezüglichen *Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes* vom 25.07.2012 unter der Geltung des Bundeswahlgesetzes – Ausfertigungsdatum von 07.05.1956 – *noch nie ein verfassungsmäßiger Gesetzgeber* am Werk war und somit insbesondere alle erlassenen Gesetze und Verordnungen seit 1959 nichtig sind? Und Sie damit nicht nur ungültig als Bürgermeister tätig, sondern auch voll umfänglich und persönlich haften, für alles was Sie in Ihrer Position tun?

Gemeinde in einer Gebietskörperschaft

Nun habe ich die Unternehmensgemeinde Stadt Melle bereits über die vorgenommene **Aktivierung und Organisation der Gemarkung von vor 1914 ins staatliche Recht informiert**. Damit verfügen wir als Bürger über die Gebietskörperschaft, dem Bodenrecht und hier in Melle das staatliche Recht aktiviert und laut Völkerrecht durchsetzbar. Hier spreche ich nicht von dem, über UPU/ Weltpostvertrag geltendem Handelsrecht, dem Federal Law, dass ihre Bundesrichter über die Hafenkontore bezahlen. Ich spreche hier über echte staatliche Gerichtsbarkeit. Über eine Gemeinde/ Stadt mit echten staatlichen Beamten und einen Rechtskreis der weit über dem Handelsrecht steht.

Vielleicht unsere Rettung vor der Eurogendfor^{18 19 20}, die derzeit 4.000 Albaner zu Polizisten ausbildet und Ende des Jahres unsere Polizisten²¹ ersetzen soll. Unsere Soldaten sind ja schon lange Söldner eines Kolonialheeres der USA.



Ursula von der Leyen hat eine doppelte Pflicht. Sie muss Arbeitsbedingungen bieten, wie sie in anderen Betrieben längst üblich sind: gute Altersversorgung, Betriebskindergärten, Zulagen für besondere Leistungen.

Wer der Bundeswehr das verweigert, macht sie zu einer Klitsche, bei der sich keiner bewirbt. Zugleich erwartet die internationale Gemeinschaft, dass Deutschland Verantwortung in den Krisengebieten der Welt übernimmt. Mit Waffen von höchstem technischen Standard. Auch dafür muss Ursula von der Leyen geradestehen.

Die Firma, bei der die Soldaten beschäftigt sind, heißt Deutschland. Deshalb braucht von der Leyen die Unterstützung der Kanzlerin und des Finanzministers. Und zwar für Geld für Soldaten, Ausrüstung und Waffensystem. Soziale Leistungen und die technische Ausstattung der Truppe lassen sich nicht gegeneinander aufrechnen. Wer das tut, lässt die Soldaten im Stich!

* Professor Ernst Elitz ist Gründungsintendant des Deutschlandradios

¹⁸ <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/06/28/eu-schafft-grundlagen-zum-militaer-einsatz-gegen-die-buerger/>

¹⁹ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/069/1706900.pdf>

²⁰ <http://www.eurogendfor.org/eurogendfor-library/download-area/official-texts/establishing-the-eurogendfor-treaty>

²¹ <http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=800>

Ihre Pflicht als Unternehmen

Nun werden Sie mir Ihre hoheitliche Befugnis nicht aus den Rechten einer Gebietskörperschaft nachweisen können und ich nehme an, auch nicht aus rechtlich staatlichen übergeordneten Institutionen und auch nicht aus einem Auftrag der Besatzer.

Damit sind und bleiben Sie als *Melle die Stadt* oder *Stadt Melle* ein Unternehmen.

Das verpflichtet natürlich auch Sie Ihre Briefe entsprechend der handelsrechtlichen Regeln der Geschäftspost²² aufzustellen. „Bei der Gestaltung Ihrer Geschäftsbriefe müssen die gesetzlichen Vorschriften (§§ 37a, 125a, 177a HGB, § 35a GmbHG, § 80 AktG) beachtet werden. Die Angaben sollen Geschäftspartnern die Möglichkeit geben, sich schon beim Beginn der Geschäftsbeziehung über die wesentlichen Verhältnisse eines Unternehmens zu informieren.“

So haben Sie auch Ihre AGB's Ihren Handelspartnern zugänglich zu machen. Sie haben mir mit Ihrem Schreiben vom 04.09.2015 nun ein weiteres Angebot gemacht. Leider kann ich auf Ihrer Internetseite die AGB's nicht einsehen. Diese haben Sie auch versäumt mir zuzusenden. Welche AGB's gelten also in unserer Handelsbeziehung von Ihrer Seite?

Sehen Sie diese Aufforderung als deutlichen Hinweis, dass Sie als Unternehmen sich natürlich den *geltenden Richtlinien unterzuordnen haben*. Sie machen sich damit strafbar und täuschen die Bürger und erschleichen sich damit Macht und persönlichen Vorteil?

Sollten die Bürger nun mitbekommen haben, dass Sie persönlich in der jeweiligen Stellung voll umfänglich haften für Verluste der Stadt Melle, dann wird es demnächst heiß hier vor Ort! Dass Sie über die Wohnungsbau Grönegau Beteiligungsgesellschaft mbH Grundstücke der Gemeinden verkaufen ohne Eigentümer zu sein?

Das gilt, wie schon geschrieben auch für *Spekulationsverluste*, selbst wenn diese über das Unternehmen ICLEI (Verwaltungsunternehmen für Städte und Gemeinden) gehandelt werden.

§ 677 Pflichten des Geschäftsführers

Wer ein Geschäft für einen anderen besorgt, ohne von ihm beauftragt oder ihm gegenüber sonst dazu berechtigt zu sein, hat das Geschäft so zu führen, wie das Interesse des Geschäftsherrn mit Rücksicht auf dessen wirklichen oder mutmaßlichen Willen es erfordert.

Wer ist Ihr Herr??

Des Weiteren haben wir Sie persönlich auch über einige Konsequenzen der ab 1.1.2015 gültigen Seehandelsrechte in unserer Stadt informiert.

Bei Ihrer kürzlich in Buer stattgefundenen Fragestunde, wurden von der Presse wichtige Fragen der Teilnehmer totgeschwiegen. Hier äußerten sich engagierter Bürger, (die nun wohl auch vom Verfassungsschutz beäugt werden?) zu Themen wie:

Chemtrails: Diese werden seit den 30er Jahren beginnend mit Wetter manipulierenden Stoffen wie Sand oder Salzen genutzt. Heute gibt es mehr Aufträge für das Ablassen von Chemikalien als der Bedarf an Flugreisen. Deshalb erhalten Fluglinien viel Geld für den Auftrag Chemikalien abzulassen und werben für Flugreisen zum Nulltarif, damit ein Alibi für die Chemtrails vorliegt.

Das mag dann auch der Grund für Chemikalien im Flugzeug sein, wie jüngst in der Presse beschrieben.²³ Was sonst hat TCP²⁴ im Passagierraum zu suchen.

Die Frage die sich allerdings als Bürgermeister einer großflächigen Stadt stellt, (falls Sie sich mit dem esoterischen, Verschwörer²⁵ Kram beschäftigen möchten) was diese Gifte in unserer Luft zu suchen haben?

Was will man, mit einer derartigen teuren Verklappung von Chemikalien²⁶ über uns, bewirken. Nervengase? Und warum sprechen wir da nicht öffentlich darüber? Was soll die Geheimhaltung? Warum sprechen Sie nicht ein Überflugverbot aus bis die Hintergründe geklärt sind? Warten Sie darauf, dass das die Bürger selbst veranlassen?

²² <http://www.frankfurt-main.ihk.de/recht/themen/handelsrecht/brief/>

²³ <http://www.welt.de/vermischtes/article113855339/Giftige-Luft-in-Flugzeugen-koennte-toedlich-sein.html>

²⁴ <http://www.berliner-kurier.de/kiez-stadt/giftige-gase-hilferuf-aus-dem-air-berlin-jet,7169128,10979436.html>

²⁵ <http://blauerhimmel.info/> oder <http://www.chemtrail.de>

²⁶ <http://saga4ever.blogspot.de/p/dokumente.html> Dokumente zu Chemtrails

Hier eine Recherchehilfe: Wenn das Wetter sichtbar ist, ist an dem Kondensstreifen zu erkennen ob es sich um einen Chemtrail handelt.

Der Streifen muss sich nach 20-30 Flugzeuglängen (3-5 sec) wieder aufgelöst haben. Das ist physikalisch nicht anders möglich und zwar bei jedem Wetter.

Steht der Streifen länger und steht am Himmel, dann ist es ein Chemtrail. Das Flugzeug über uns ist dann auf dem Radar²⁷ zu erkennen und anzuklicken und damit die Fluggesellschaft und der Besitzer zu erkennen.

Zu beobachten sind insbesondere Flugzeuge, die vor den Grenzen kehren und zurückfliegen ohne zu landen.

Flüchtlinge: Weitere, nicht in der NOZ publizierte Fragen mutiger aktiver Bürger, betrafen das Flüchtlingsthema. Wir haben derzeit in Bramsche nach Auskunft dortiger Lager- Mitarbeiter ca. 2000 zu 90% männliche Flüchtlinge in Zelten untergebracht, die bis zum Frost untergebracht werden müssen. Sie erwähnten 40 Familien, die bereit sind einen dieser Flüchtlinge aufzunehmen.

Die Frage war: *Wie sollen die Männer, die in bester Manneskraft stehen in Zukunft geschult werden?*

Dazu: Es werden 1.000.000 Flüchtlinge erwartet. Das bedeutet bei gleichmäßiger Verteilung für insgesamt 11.418 Gemeinden (Stand 31. August 2015) in der BRD für jede Gemeinde 500 Flüchtlinge. *Wie sind wir darauf vorbereitet? Wer entscheidet die Unterbringung?* Ihnen fehlten sichtlich Antworten und hier wundere ich mich sehr, dass die Bürger von Melle sich nicht das Recht nehmen, bei fehlender Kompetenz, entsprechend der aktuellen Niedersächsischen Kommunalgesetze wieder selbst zu entscheiden. Zu klären, welche Männer nur Wirtschaftsflüchtlinge sind, welche wirklich die Hilfe unseres Landes benötigen? Denn die IS hat den Dschihad (Krieg) für Deutschland und Österreich und gerade auch für England ausgerufen und was Glaubenskriege bedeuten, haben wir aus der Geschichte ja lernen dürfen. Da beunruhigen die immer wieder immer wieder gestellten Fragen „nach einem Einsatzbefehl“, die die Dolmetscher in einem Flüchtlingslager im Osten derzeit nicht beantworten können. Meine Frage hier, werden auch in anderen Unterbringungen derartige Fragen gestellt? Nun wird gerade unsere Polizei ausgedünnt und durch die Eurogendfor ersetzt. Aber wollen wir, die Bürger das?

Wie schon mitgeteilt, wurde von uns die Gebietskörperschaft wieder aktiviert. Jede Gemeinde mit ihren Möglichkeiten für sich, die sie nutzen sollte! Denn wird das im Osnabrücker Land nicht vertraglich geregelt, kommt es zu den, durch den Militärstrategen Barnett geplanten Bürgerkriegen^{28 29}.

Die nächsten Schritte

Wie schon in vorangegangenen Schreiben geäußert, geht es mir darum, die Rechte der Bürger über ihre aktivierte staatliche Gebietskörperschaft³⁰ zu sichern und damit den Landkreis Osnabrück vor den Auswirkungen der Internationalen Seehandelsrechte zu schützen.

Nicht umsonst setze ich mich hier das Wochenende hin und beschreibe Ihnen so deutlich aus meiner Sicht den Status der derzeitigen Bürgermeister.

Natürlich bin ich nicht nur auf ein gewisses Interesse der Leser angewiesen, sondern auch darauf, dass diese selbst aktiv werden und nicht ihre Mitbürger schädigen, sondern sich um die Wahrheit und die Einhaltung der staatlichen Gesetze kümmern.

Da ist mir der Druck, der auf Ihnen und Ihren Kollegen lastet sehr bewusst. Aber hier können wir keine Rücksicht auf *Alliierten Verwaltungsschulbildung* oder Angst um den Job nehmen, denn hier geht es um alle Bürger und ihr Recht frei und selbstbestimmt zu leben.

Es kann nicht sein, dass wir in einigen Monaten hier menschenunwürdige Handelsbedingungen eingehen müssen, weil es Ihnen zu un bequem war sich damit zu beschäftigen was Frau Heike

²⁷ <http://www.flightradar24.com/53.76,11.13/7>

²⁸ https://www.youtube.com/watch?v=ziQmfgMmd5U&feature=player_detailpage **Wir können die öffentliche Sicherheit nicht mehr gewähren!**

²⁹ <https://www.youtube.com/watch?v=zRvzIHqeEa4#t=74> Spiegel TV über die Randalen von Moslems

³⁰ GG Art 28

Werdning hier alles so schreibt. Denken tut weh, nicht umsonst umgehen wir lieber unliebsame Fragen. Doch hier muss mal klar Schiff gemacht werden, damit unsere Kinder uns demnächst nicht verachten!

In der letzten Woche erhielt ich die Information von einem Juristen, dass man mich als Reichsdeutsche³¹ mit harten Bandagen abpacken solle. In einer Talkrunde erwähnten Sie, Herr Scholz wohl, dass Sie nun den Verfassungsschutz beauftragt haben?

Sie brauchen keine Angst vor mir oder den vielen Bürgern zu haben! Reden Sie mit uns und lassen Sie zu, dass sich hier gewaltig etwas verändert.

Und lesen Sie endlich die Bücher des US Militärstrategen *Barnett* und die *BRD-GmbH* oder *Das Deutschlandprotokoll*.

Seit dem letzten öffentlichen Brief mit der Bitte um ein Gespräch, gesellen sich immer mehr Menschen zu uns an ganz unterschiedlichen Orten und sogar in unserer Stadt stehen nun immer mehr junge Menschen und Unternehmer auf und informieren sich genauer über unsere Ziele. Dabei sind auch in Deutschland bekannte Juristen, denen ich sehr viele Informationen verdanke. Deshalb habe ich auch keine Angst vor Ihren Drohungen – eher Mitgefühl. Denn Sie wissen nicht was Sie tun!

Nutzen Sie dieses Schreiben um meine Behauptungen selbst zu recherchieren. Wenn Sie das tun, werden Sie nicht mehr sagen können, dass Sie für einen gesetzlichen Staat arbeiten. Und vielleicht ist dann ein Gespräch möglich?

**Möge von nun an in Melle
die Kraft der Liebe,
die Liebe zur Macht immer übersteigen!**

Mit sonnigen Grüßen
Heike Werding



³¹ http://os-landmark.de/index_htm_files/Muster_gerichtsbekannteReichsdeutsche.pdf